

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD



- >> 1. MAI IM SCHLOSS ALMOSHOF
- >> SPRACHKITAS UND BILDUNGSGERECHTIGKEIT
- >> DIE AG60+ BERICHTET

## LANDES- PARTEITAG 2023

**SPD** Soziale Politik für Dich.


Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,



wir nähern uns mit großen Schritten der heißen Wahlkampfphase. Am 8. Oktober geht es bei der Landtagswahl um sehr viel. Der Landesparteitag in Augsburg gab uns viel Rückenwind. Wir haben ein fundiertes Regierungsprogramm verabschiedet.

Darin steckt viel Soziale Politik für Dich. Und wir haben die Spitze der BayernSPD mit sehr guten Wahlergebnissen ausgestattet. Wir stehen geschlossen. Das sind beste Voraussetzungen für eine starke Kampagne.

Es freut mich sehr, dass ich nun auch ganz offiziell zum Vize-Generalsekretär gewählt wurde. Ruth Müller und ich als Kampagnenleiter geben jetzt mit euch alles. Bayern braucht eine starke SPD. Damit Bayern bezahlbar bleibt. Damit Bayern Zukunft hat. Lasst uns in den nächsten Monaten alles geben und die Menschen überzeugen!

Jetzt wünsche ich erst einmal viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe!

Euer

Nasser Ahmed

Am Wochenende vom 13. und 14. Mai fand der 74. Landesparteitag der BayernSPD in Augsburg statt. Dort haben die Delegierten mit einem Ergebnis von 86 Prozent **Florian von Brunn** beziehungsweise 89 Prozent **Ronja Endres** in ihren Ämtern bestätigt.

Auch das neue Generalsekretärs-Duo aus **Ruth Müller** und **Nasser Ahmed** wurde nun ganz offiziell mit hervorragenden 87,5% und 97% gewählt. Zudem wurden als neue stellvertretenden Landesvorsitzenden **Matthias Dornhuber** und **Eva-Maria Weimann** gewählt.

Im Fokus des Landesparteitags stand der diesjährige Landtagswahlkampf. Deshalb haben wir ein Regierungsprogramm beschlossen mit klarem Schwerpunkt auf ein Bayern, das sich alle Menschen leisten können. Im Zentrum stehen dabei unter anderem bezahlbares Wohnen, saubere und be-

zahlbare Energie sowie ein ÖPNV, der bezahlbar und eine echte Alternative zum Auto ist. Und natürlich, das haben wir auch bei dem bewegenden Besuch von Hubertus Heil bei unserem Parteitag klargemacht, stehen wir für starke Arbeitnehmer\*innenrechte im Freistaat ein.

Der derzeitige Ministerpräsident wird seiner Verantwortung für ein gutes, bezahlbares Leben für die Menschen in Bayern nicht gerecht. Deshalb braucht es uns als bayerische SPD, wir wollen Verantwortung übernehmen. Florian von Brunn hat in Augsburg deutlich gemacht: „**Uns geht es um soziale Politik. Dazu gehört, dass sich alle Menschen Bayern leisten können! Dass man zum Beispiel eine bezahlbare Wohnung hat, in der man auch bleiben kann. Wir werden deshalb die unterstützen, die bezahlbare Wohnungen bauen können. Nämlich unsere Städte und Gemeinden!**“

&gt;&gt;

Deshalb haben wir mit allen Beteiligten die Dinge in unser Regierungsprogramm geschrieben, die wir dazu brauchen! Eine Wohnungsmilliarde für Städte und Gemeinden. Sie können bezahlbare Wohnungen. Wir werden ihnen auch dafür Grundstücke des Freistaats zur Verfügung stellen. Wir wollen eine Baulandsteuer, damit es sich nicht lohnt, mit Grundstücken zu spekulieren. Wir werden die Bauordnung von unnötigen Regelungen befreien. Über Florians Initiativantrag zum Baugesetzbuch wollen wir über den Bund die unbürokratische Aufstockung von Wohngebäuden um ein Stockwerk ermöglichen, damit wir endlich ein Bayerntempo beim Wohnungsbau erreichen! Florian von Brunn machte auch hier klar: „Wir als bayerische SPD wollen, dass Heizen nicht nur klimafreundlich, sondern auch bezahlbar ist! Auch das gehört zu einem Bayern, das sich alle leisten können! Wir haben deshalb im Landtag vorgeschlagen, eine eigene bayerische Förderung für klimafreundliche Heizungen aufzulegen. Mit einem Volumen von 100 Millionen Euro. Und wir wollen Geothermie massiv fördern, die in den Anschlusskosten für die Menschen vielerorts bei nur einem Viertel einer Wärmepumpe liegt. Deshalb wollen wir Städte und Gemeinden beim Bohren nach Geothermie und beim Ausbau von Fernwärme unterstützen.“

Dieses Bayerntempo brauchen wir genauso beim klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft, wo die Staatsregierung seit Jahren kostbare Zeit verschlafen hat, somit die wirtschaftlichen Stärke unseres Landes gefährdet und die teuren Energiekosten vielen Menschen und Betrieben an die Substanz gehen.

Wir haben uns ein 29-Euro-Ticket für Bayern ins Programm geschrieben, bei dem auch Kinder kostenlos mitgenommen werden können und Familien entlastet werden. Wir stehen für eine starke Förderung des ÖPNV im Freistaat, in den wir jährlich eine Milliarde Euro investieren werden. Florian von Brunn kündigte in Augsburg an: „Wir wollen Bahnstrecken ausbauen und mehr Busse finanzieren, damit alle etwas von den günstigen Fahrpreisen haben. Gerade auch auf dem Land!“ Genauso hat Florian von Brunn als unser Spitzenkandidat klargemacht, dass das klimafreundliche Auto der Zukunft in unserem Flächenland Bayern einen Platz haben wird. Aber es muss sauber, vollständig recyclebar und fair produziert sein.

Das Regierungsprogramm der BayernSPD steht unter [www.bayernspd.de](http://www.bayernspd.de) zum Download bereit.

von DR. ULRICH MALY

“Suchen Stadtkämmerer, Aufforderungen: Mann ohne Eigenschaften, unpolitisch, Verwaltungsexperte, graugesichtig, namenlos, gut im Neinsagen. Bieten: Gehalt, mit großer Rundablage für gute Ideen, nicht ausgeglichene Haushalte, hohe Verschuldung”

So oder so ähnlich wurden früher Kämmerer besetzt und so oder so ähnlich waren auch einige Kollegen (die männliche Form ist hier Absicht) von mir noch vor 20 Jahren.

Die Zeiten haben sich geändert. Harry ist ein durch und durch politischer Mensch, ein vom Wertesystem her “linker” Sozi (auf links und rechts komme ich später noch) aber kein klassischer Parteisolddat. Er war und ist kein Sozi von Geburt an, sondern eher einer, der auf dem „zweiten Bildungsweg“ den Weg von eher undogmatischen Linken zur SPD gefunden hat. Wir kennen einander seit dem Studium der Volkswirtschaftslehre in den 80er Jahren.

Harry hat die SPD von verschiedenen Seiten kennengelernt, als normales Parteimitglied natürlich, als ehrenamtlicher Stadtrat, als Fraktionsgeschäftsführer und schriftlich als Kämmerer.

#### Eine Niederlage als persönlicher Glücksfall

Zwischendurch hat er sich zusammen mit Martin Burkert um die Bundestagskandidatur für Nürnberg-Süd beworben - und damals in der Partei gegen Martin verloren. Das war ein Glücksfall für die Nürnberger Stadtpolitik und, wie er selbst sagt, auch für ihn persönlich.

Harry war Wahlkampforganisator und -Manager für mich und die Nürnberger SPD in drei Kommunalwahlen und hat das jedenfalls mit weit größerem Erfolg gemacht als ich 1996 für Peter Schönlein.

Er war gelegentlich schonungslos zu den Kandidat\*innen, unerbittlich, wenn es um die Bildsprache der Kampagne ging und zu recht vollständig auf “unsere erreichbaren Wählergruppen” fokussiert.

#### Er hat eine eingebaute “Brötchentastenlampe”

In Bremen, so sagt man, habe die von der grünen Verkehrssenatorin abgeschaffte Brötchentaste, also die Möglichkeit, an einer Parkuhr für kurze Zeit zu parken, ohne etwas zahlen zu müssen, mit zu den dramatischen Verlusten der Grünen geführt. Natürlich nicht, weil das Ding politisch so relevant war, sondern weil es zum Symbol für politische Gängelung geworden war. Zwangsbeglückung, das ist auch in unserer SPD nicht komplett

ausgeschlossen, weil wir halt gelegentlich besser wissen, was für die Leute gut ist, als die Menschen selbst...

Pragmatismus, dem Volk aufs Maul zu schauen, ohne ihm nach dem Mund zu reden, ist weder konservativ noch prinzipienlos, sondern in der Kommunalpolitik eine *conditio sine qua non*.

Harry weiß: im Rathaus kannst du dich nicht verstecken, nicht hinter Gesetzen und nicht hinter Rathausmauern.

Als Fraktionsgeschäftsführer und ehrenamtlicher Stadtrat hat er die “Schönheit” der kommunalen Selbstverwaltung kennen und schätzen gelernt, aber natürlich auch die bittere Erfahrung des verlorenen Postens gemacht, auf dem man sitzt, wenn 70 Ehrenamtliche der gewaltigen Übermacht von 10.000 Hauptamtlichen mit einer Stadtreinigung, die hauptberuflich und mit großen wissenschaftlichen Stäben agieren kann.

Das hat er auch als Kämmerer nicht vergessen.

#### Harry war ein Ermöglicher, kein Verhinderer

Er hat gemahnt und gewarnt, klar, spätestens wenn die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts gefährdet war. Er hat mit vielen Daten und Fakten auf Charts die Lage erläutert und damit über alle Parteien hinweg höchsten Respekt erhalten.

Aber hat nie sogenannte Sachzwang-Trichter gebaut, die einem Stadtrat keine andere Wahl oder Option mehr gelassen hätten.

Er war und ist debattenfreudig, in der Sache klar, manchmal vielleicht auch ein bisschen hart, aber nie persönlich angreifend. Der kleine Scherz oder Zwischenruf, der eine angespannte Debatte runterdimmen konnte, war eines seiner Stilmittel.

Wie viele rauschalige Menschen hat er einen eher weichen Kern, hat Empathie für andere, ist ein Mensch, dem Familie und Freunde, soziales Umfeld eben viel bedeutet.

Wir haben zusammen (auch finanztechnisch) gute Jahre erlebt, nach der Finanzkrise 2008 gab es ein paar Jahre mit weniger Stress beim Haushaltsausgleich, mit der Möglichkeit, die Investitionen hochzufahren, was auch nötig gewesen ist.

#### Investiv vor konsumtiv - so geht Stadtgestaltung

Bedingt durch die von uns gewollte Verkleinerung der Stadtspitze musste Harry in den



**EIN TYP - MIT ECKEN UND KANTEN UND VIEL IN DER BIRNE**

Süddeutsche Zeitung / Foto: The Point of View, Ilona Stelzl

letzten Jahren neben dem Fulltime-Job des Kämmerers noch Personal und IT übernehmen. Das ist objektiv gesehen eigentlich von einem Menschen nicht zu schaffen. Nur seine Routine als Kämmerer und seine kommunalpolitische Erfahrung in Verbindung mit guten Mitarbeiter\*innen haben es ihm ermöglicht, auch das noch mit Erfolg und stillbildend zu betreiben, was er getan hat.

Er hat Spuren im Rathaus, in der Stadt und in der politischen Kultur hinterlassen, von denen die Menschen noch lange profitieren werden.

Beim Blick zurück ist Harry einer, der eher Willy Brandt zitieren würde (“man hat sich bemüht”) als auch am eigenen Denkmal zu polieren.

Nein, Harry, Du hast Dich nicht nur bemüht, Du hast gemacht! Und zwar richtig gut.

EINLADUNG ZUM SOMMEREMPfang DER ASF NÜRNBERG

MIT MUSIK VOM SPD-CHOR “MINDESTTON“

11.07.2023, ab 18:30 Uhr

Pfarrhof St. Sebald, Albrecht-Dürer-Platz 1, 90403 Nürnberg (barrierefrei)

Anmeldung (bis 10.07.2023): [asf-nuernberg@spd.de](mailto:asf-nuernberg@spd.de)

Offen für alle interessierten Menschen.

SPECIAL GUEST:

Etilda Gjonaj (Justizministerin von Albanien a.D.)

ALBANIEN AUF DEM WEG IN DIE EUROPÄISCHE UNION

Kaum ein anderes Land in Europa hat in den vergangenen Jahren so viele Reformfortschritte im Annäherungsprozess an die Europäische Union erzielt wie Albanien. 2020 konnte sich das Land schon große Hoffnungen auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen machen. Nach mehreren eingelegten Vetos hat die Europäische Union nun am 19. Juli 2022 die EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien offiziell eröffnet. Doch wie geht es jetzt weiter? Wie lange dauert der tatsächliche EU- Beitritt von Albanien? Und welche Voraussetzungen muss Albanien noch erfüllen?

ES DISKUTIEREN

Etilda Gjonaj Mitglied der Sozialistischen Partei (PS) Albaniens und Justizministerin a.D.  
Stine Klapper Leiterin des FES-Büros in Tirana  
Rezarta Reimann SPD-Stadträtin in Schwabach

MODERATION

Gabriela Heinrich stv. Vorsitzende der SPD-Bundestags- fraktion für Außen, Verteidigung, Menschenrechte und Entwicklung

➤

Montag, 10. Juli 2023 / 19.00 - 21.00 Uhr

Casa Fontana Berlichingenstraße 10, 91126 Schwabach

➤

ANMELDUNG: Anmeldungen bitte bis 07.07.2023  
telefonisch unter 0911/ 43 89 632 oder an [gabriela.heinrich.mdb@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich.mdb@bundestag.de)



## SPRACH-KITAS UND BILDUNGSGERECHTIGKEIT

von SABINE KNUHR

Unter dieser Überschrift fand die Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AFB), am 3. Mai im Karl-Bröger-Zentrum statt. Moderiert wurde sie von Sabine Knuhr. Die Fachberaterin für Sprach-Kitas, Gabriele Gehle und die zusätzliche Fachkraft für Sprach-Kitas, Vera Liefefedt, haben uns sehr anschaulich sowohl die Praxis als auch die konzeptionellen Vorgaben einer Sprach-Kita vorgestellt.

„Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“, so heißt das Programm des Bundesfamilienministeriums, das 2016 ins Leben gerufen wurde und insbesondere Kindern aus bildungsbenachteiligten Familien sowie aus Familien mit Migrationshintergrund zugutekommt.

Basierend auf der Tatsache, dass eine gute Sprachkompetenz die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege und eine gelungene Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedeutet, wurde dieses Programm konzeptionell auf vier inhaltlichen Säulen aufgebaut. Diese haben die beiden Referentinnen uns sehr anschaulich dargestellt:

- Alltagsintegrierte Sprachbildung:** beinhaltet einen sprachanregenden Alltag mit entsprechender Umgebung und Materialien, einen wechselseitigen Dialog zwischen Kind und pädagogischem Personal, eine Interaktionsqualität. Kinder stehen hier mit ihren Kompetenzen, ihrer Lebenswelt im Mittelpunkt und lernen die Sprache in vielfältigen und anregenden Situationen
- Inklusion:** Setzt auf Individualität und Vielfalt, auf vorurteilsfreie Lernumgebung

und pädagogische Haltung mit dem Ziel der Partizipation aller Kinder.

- Zusammenarbeit mit den Familien:** Durch umfassende Information und höchste Transparenz, durch Bildungs- und Erziehungspartnerschaften.
- Medienpädagogik:** Medienkompetenz durch vielfältige Einsatzmöglichkeiten stärken.

Nicht selten geht es bei Programmen und Projekten um Fragen der Finanzierung, der Zuständigkeiten und der Rahmenbedingungen, die als Stolpersteine für Planungsunsicherheit und Unmut sorgen können. Auch dazu erhielten wir einen Einblick:

Das Bundesfamilienministerium hat die Sprach-Kitas 2016 als ein Förderprogramm initiiert, finanziell gefördert und zeitlich bis zum Jahresende 2022 begrenzt, mit der klaren Empfehlung darüber hinaus von den Ländern übernommen zu werden. Auf öffentlichen Druck hin wurde das Programm um sechs Monate bis zum 30. Juni 2023 verlängert. Das bayerische Sozialministerium hat mit einer Zusage lange gezögert, was dazu geführt hat, dass viele ausgebildete Sprachberater\*innen aufgrund der fehlenden Perspektive ihre Stellen bereits zum Jahresende 2022 verlassen haben. Die Petition „Langfristige Fortführung der Sprach-Kita in Bayern“ wurde im Januar 2023 von engagierten pädagogischen Fachkräften mit 11.338 Unterschriften an den Sozialausschuss des bayerischen Landtages übergeben. Im Herbst davor gab es bereits einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag für die Übernahme der Sprach-Kitas.

Aktuell spricht sich das Sozialministerium für eine Überführung der Sprach-Kitas bis Ende 2024 aus, jedoch ohne eine sichere und

verbindliche Zusage und mit finanzielle Kürzungen, ohne Nachbesetzung von vakanten Sprachberater\*innenstellen und ohne Aufnahme von neuen Kitas.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde sehr schnell deutlich, dass Sprach-Kitas als pädagogisches Konzept weitergeführt werden sollte. Das Konzept wurde wissenschaftlich von der Universität Bamberg (Lehrstuhl für Elementar- und Familienpädagogik und Arbeitsbereich Frühkindliche Bildung und Erziehung) evaluiert und als erfolgreich und nachhaltig bewertet – eine Seltenheit bei Studien zum Bildungserfolg. Wir haben uns im Laufe der Diskussion deshalb auch dafür ausgesprochen, alle Kitas zu Sprach-Kitas zu überführen. Schließlich ist die Sprachförderung als eine Aufgabe im BayKiBiG (Bayerisches Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen) verankert. Wir sind der Meinung, dass im Sinne der Chancengleichheit alle Kinder in allen Kitas davon profitieren sollten! Ein weiteres Ergebnis unseres Austausches lautete: Sprachsensibilität. Methoden und Inhalte der Sprachförderung im frühkindlichen Bereich müssen einen höheren Stellenwert in der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte bekommen. Eine Sprachförderung gilt es von Anfang an zu integrieren und fachlich zu vertiefen.

Planungssicherheit der Einrichtungen, Wertschätzung der pädagogischen Fachkräfte, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in Kitas werden leider aktuell nur halbherzig umgesetzt. Kitas sind Bildungseinrichtungen keine Kinderaufbewahrungsstätten. Als solche sollten sie auch behandelt werden! Doch die Zukunft der Sprach-Kitas ist noch lange nicht sicher.

vom AK KNOBLAUCHSLAND



Der SPD Arbeitskreis Knoblauchsland unter Federführung des OV Almoshof-Thon hatte sich für den 1. Mai 2023 etwas Besonderes ausgedacht. Nach der Corona-Zwangspause gab es wieder den 1. Mai im Kulturladen Schloss Almoshof.

Kulturstadtrat Michael Ziegler und die Knoblauchsländer Stadträtin Jasmin Bieswanger erarbeiteten ein verändertes Format für das SPD Fest am 1. Mai im Schloss Almoshof. Nach den anfänglich geplanten Luftschlossern und der Landung auf dem Boden der Möglichkeiten fiel die Wahl auf ein Konzept mit Musik und Talk.

Wulli und Sonja – das fränkische Allrounder-Duo konnte gewonnen werden, um musikalisch durch den Nachmittag zu führen.

Zudem ergänzten Talkgäste den launig beschwingten Nachmittag im Biergarten des Schlosses.

Ein besonderes Highlight war der Auftritt von Anja Seidel von Radio F zusammen mit Michael Ziegler, die aus Günter Stössels Max und Moritz auf Fränkisch einzelne Passagen vortrugen. Günter Stössel, stolzer Träger der Karl-Bröger-Medaille, verstarb leider Anfang des Jahres. Mal sehen, ob wir in Zukunft mehr von Seidel und Ziegler auf Fränkisch zu hören bekommen.

Unter dem Motto „von Stössel bis Soul und vom Vergnügen nach der Arbeit“ trotzten Wulli und Sonja dem nasskalten Wetter am 1. Mai und heizten den Gästen immer mehr ein. Auch Michael Ziegler griff zum Mikrophon und löste dazwischen Sonja für eine Pause ab.



Arif Tasdelen berichtete im Talk von seiner aktuellen Arbeit im bayerischen Landtag und in der letzten Stunde wurden die Musikwünsche der Gäste erfüllt. Die vier Stunden vergingen dann doch schnell und die Sonne blitzte am Ende doch noch durch die Wolken.



## ROTE ERDE

### EIN FEST FÜR KARL BRÖGER

Von links nach rechts: Horst Schmidbauer, Uli Glaser, Julian Matschinske, Michael Ziegler, Arne Engelhardt, Christine Birkel, Ingo Engelhardt, Claudia Kupfer-Schreiner und Marco Knoll, Angelika Weikert und liegend Lukas Hofmann.

von MICHAEL ZIEGLER

Wir ehren unseren Arbeiterdichter Karl Bröger. Der Nürnberger SPD-Chor MindestTon wird uns mit seinem Auftritt überraschen. Nach über 90 Jahren werden vertonte Werke von Karl Bröger neu aufgeführt. Sicherlich ein Höhepunkt der Abends

Achim Bröger, einer der Enkel von Karl Bröger und selbst mehrfach ausgezeichnete Kinderbuch-Autor, wird zu diesem Abend nach Nürnberg kommen. Sein Großvater Karl starb 1944. Was wäre, wenn er ein längeres Leben gehabt hätte? Darüber wird sich Achim Bröger in einer Rede Gedanken machen. Was hätte Karl Bröger noch alles getan, wen hätte er besucht, über was hätte er gesprochen?

Klaus Schamberger ist mit Karl Bröger biografisch verbandelt. Sein Großvater Gregor Schamberger war 1933 ebenso wie Karl Bröger



Klaus Schamberger (links) bei der Verleihung der Karl-Bröger-Medaille im Jahr 2019. Neben ihm Achim Bröger, Enkel von Karl Bröger. Ganz rechts Michael Ziegler.

ger einer der Stadträte für die SPD. Beide wurden ins KZ Dachau verschleppt. Klaus Schamberger hat zu Karl Bröger geforscht und wird in seinem Vortrag eine Menge über Karl Bröger sagen. Als Journalist hat er zu Bröger geforscht und auch in seinem autobiografischen Buch „Der Kleinlein erinnert sich“ taucht Karl Bröger auf.

Und was macht unser SPD-Chor?

Die Karl-Bröger-Gesellschaft und MindestTon arbeiten eng zusammen. Und die Sänger\*innen haben ein Versprechen gegeben: So bald wie möglich würden sie ein für die heutige Zeit geeignetes Werk des Nürnberger Arbeiterdichters aufführen. Nach umfangreichen Recherchen in Bibliotheken und Archiven entschied sich der Chor für einen der größten Erfolge Karl Brögers, nämlich sein Sprechchorwerk „Rote Erde“, das 1928 beim 5. Reichsjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend in Dortmund vor 25.000 Zuhörer\*innen aufgeführt wurde. Als ganz besondere Überraschung wird der Chor auch das eigens für die „Rote Erde“ von Friedrich Weigmann vertonte Gedicht Brögers „Wacht auf in Hütte, Werk und Schacht“ präsentieren. Wir wünschen uns, dass diese Zeitreise zu einem ganz besonderen Erlebnis für alle Freunde Karl Brögers wird.

Die Chorleitung hat Karoline Wlochowitz, das Sprechcoaching für Rote Erde hat Gudrun Wiedemann.

Veranstalter des Abends ist die Karl-Bröger-Gesellschaft. Wir suchen nach wie vor Unterstützer\*innen. Eine Mitgliedschaft würde uns sehr freuen. Denn wir schultern auch eine weitere hochkarätige Veranstaltung. Am Samstag, 9. September erhält Renate Schmidt die Karl-Bröger-Medaille. Sowohl zu „Rote Erde“ als auch zu Renate Schmidt könnt ihr euch gern unter [info@karl-broeger-gesellschaft.de](mailto:info@karl-broeger-gesellschaft.de) oder 0911-448383 anmelden. Die Veranstaltung wird wie immer von der Fränkischen Verlagsanstalt unterstützt.



**Rote Erde – ein Fest für Karl Bröger**

Freitag, 23. Juni 2023, 19 Uhr,  
Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Straße 9,  
Eingang Celtisstraße, 90459 Nürnberg  
Eintritt frei!

Mit dem SPD-Chor MindestTon, Klaus Schamberger (Autor und Journalist) und Achim Bröger (Autor und Enkel von Karl Bröger)  
Moderation des Abends: Michael Ziegler, Vorsitzender der Karl-Bröger-Gesellschaft  
Grüßwort: Nasser Ahmed, Vorsitzender der SPD Nürnberg

von GABRIELA HEINRICH, MdB

**Auf einem Migrationsgipfel haben Bund und Länder Verbesserungen vereinbart, die ankommenden Flüchtlinge unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren. Dabei geht es nicht nur um Geld für die Kommunen.**

Durch den russischen Angriff sind in kürzester Zeit über eine Million Menschen aus der Ukraine zu uns geflohen. Sie erhalten Schutz und Unterstützung. Es kommen aber auch wieder mehr Menschen aus anderen Ländern. Allein bis April wurden rund 110.000 Asylanträge gestellt – rund 80 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum letztes Jahr. Die meisten kommen aus Syrien und Afghanistan.

Grundsätzlich sind Länder und Kommunen dafür zuständig, Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Der Bund unterstützt freiwillig und hat die Kosten für die Ukraine-Flüchtlinge fast vollständig übernommen. Er finanziert Integrationskurse und unterstützt bei Investitionen in Schulen, Kitas und Wohnungsbau. Für 2023 stellt der Bund darüber hinaus 2,75 Milliarden Euro extra zur Verfügung. Diese sollen als Ergebnis des Migrationsgipfels um eine Milliarde Euro erhöht werden.

Im November soll es ein weiteres Treffen geben. Bis dahin soll eine dauerhaft tragfähige Lösung gefunden werden. Für uns ist mit Blick auf eine faire Lösung wichtig: Das Geld vom Bund muss von den Ländern auch weitergegeben werden. Daran hakt es noch. Beispiel Bayern: Der Freistaat hat 2022 rund 700 Millionen Euro vom Bund für Flüchtlingsausgaben erhalten. Tatsächlich weitergegeben an die Kommunen hat die Staatsregierung offenbar nur einen Bruchteil.

Es ging beim Flüchtlingsgipfel aber nicht nur um Geld. Es ging auch darum, dass wir besser werden müssen, **Migration zu ordnen und Prozesse zu organisieren**. Für uns – und insbesondere für Olaf Scholz – ging es auch darum, die Länder dabei in die Pflicht zu nehmen:

> **Asylverfahren sollen schneller werden:** Angestrebt wird eine Asylantragstellung binnen zwei Wochen und eine Anhörung beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) binnen vier Wochen. Kommt jemand aus einem Land ohne systematische Verfolgung, sollen sich die Asylverfahren beschleunigen – das betrifft zunächst die EU-Beitrittskandidaten Georgien und Moldau.

> **Asylgerichtsverfahren sollen beschleunigt werden:** Ich habe in Nürnberg Menschen kennengelernt, die gegen die Ablehnung ihres Asylantrags geklagt und nach fünf Jahren Gerichtsverfahren noch kein Ergeb-

## GEMEINSAME FLÜCHTLINGSPOLITIK VON BUND UND LÄNDERN

nis hatten. Für niemanden ist die lange Ungewissheit gut. Die Betroffenen können zwar nicht abgeschoben werden, sie können aber auch nicht ankommen. Es ist Aufgabe der Staatsregierung, durch eine bessere Ausstattung der Gerichte in Bayern die Verfahren zu beschleunigen. Die Ampel hatte bereits das Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren mit Änderungen im Prozessrecht beschlossen.

> **Moderne Ausländerbehörden:** Die Bundesagentur für Arbeit kann nur etwa die Hälfte ihres Schriftverkehrs mit Ausländerbehörden digital abwickeln. Das ist nicht nur ein Problem, wenn es um Asylbewerber geht, sondern auch für schnelle Verfahren bei Fachkräfteeinwanderung. Elektronische Akten, Datenaustausch, ein Ausbau des Ausländerzentralregisters sind alles Punkte, die nun – auf Initiative von Olaf – gemeinsam angegangen werden. Mit konkreten Fristen für die Länder, das umzusetzen.

> **Rückführungen:** Es muss einen Unterschied machen, ob ein Asylantrag abgelehnt wurde oder nicht. Die Rückkehrförderung für eine freiwillige Ausreise wollen wir deswegen ausbauen. Notwendig bleiben aber auch Rückführungen, die bislang an vielen Punkten scheitern können: Verdunklung, mangelnde Zusammenarbeit der Behörden und vieles mehr. Mit einem Bündel an Maßnahmen wollen Bund und Länder die Probleme lösen.

> **Mehr Integration:** Der Bund wird Migrationsberatung, Erstorientierungs- und Integrationskurse des BAMF weiter ausbauen. Mit dem neuen Chancen-Aufenthaltsrecht geben wir zudem denjenigen ohne Schutzanspruch die Möglichkeit, durch Erwerbstätigkeit dauerhaft hier leben zu können. Wir wollen Angebote machen, Teil unserer Gemeinschaft zu werden. Deswegen öffnen wir den Zugang zu Arbeit und Integra-

tionskursen. Und deswegen erleichtern wir auch den Weg in die Staatsbürgerschaft.

Thema des Gipfels war auch die geplante **Reform der europäischen Flüchtlingspolitik:** Im Kern geht es darum, dass bereits an den EU-Außengrenzen registriert und die Identität festgestellt wird. Bei geringen Schutzaussichten soll es ein schnelles, rechtsstaatliches Asylverfahren an der Außengrenze geben. Diejenigen mit guten Bleibeaussichten sollen innerhalb der EU fair verteilt werden. Für uns als SPD ist bei all dem ganz wichtig: Wir stehen für eine humanitäre Politik. Wer Schutz braucht, muss und soll diesen auch weiterhin bekommen.

Nicht alle, die nach Deutschland kommen, brauchen Schutz. Manche suchen auch nur nach einer Chance. Wir wollen künftig für Letztere bereits in den Herkunftsländern verstärkt Angebote machen und Alternativen zur gefährlichen Flucht und zu den Schleusern anbieten – mit **Migrations- und Mobilitätspartnerschaften**. Die Länder nehmen im Rahmen dieser Partnerschaften ihre Staatsbürger ohne Schutzbedarf zurück – dafür bieten wir ihnen verstärkt reguläre Migration an, für diejenigen, die gerne in Deutschland arbeiten und leben wollen. Mit Indien haben wir so ein Abkommen bereits abgeschlossen.

Ergänzend zu solchen Abkommen investieren wir in der Entwicklungspolitik bereits in **Zentren für Migration und Entwicklung** – zunächst in Ghana, Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Irak, Pakistan, Indonesien und Nigeria. Sie sollen Migration zu Arbeits- und Ausbildungszwecken nach Deutschland und Europa unterstützen. Das hilft uns als Land mit einem immer größeren Fachkräftemangel. Es hilft auch den betroffenen Ländern, die oft eine sehr junge Bevölkerung haben, aber wenige Jobs. Wir wollen Anlaufstellen vor Ort anbieten – für geordnete Migration, aber auch für Chancen.

# STAATLICHE AUFTRÄGE IN BAYERN NUR AN UNTERNEHMEN, DIE NACH TARIF BESCHÄFTIGEN UND BEZAHLEN!

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Anlässlich zum Tag der Arbeit hieß es unter dem diesjährigen Motto „ungebrochen solidarisch“ endlich wieder „raus zum 1. Mai!“. Die Ziele und Werte, die der Tag der Arbeit zum Ausdruck bringt, sind keineswegs überholt. Viel mehr zeigt sich bei genauerer Betrachtung des Zustands der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Bayern, dass es enormen Nachholbedarf gibt.

So ist im Freistaat Bayern die Anzahl der Betriebe, die nach Tarif bezahlen, innerhalb von zehn Jahren von rund 60 auf heute 49 Prozent gesunken. Damit ist die Zahl der tarifgebundenen Betriebe in Bayern um 23.000 auf 88.000 gefallen, was bedeutet, dass in Bayern nicht einmal mehr die Hälfte der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen arbeitet! Hier wird deutlich, dass auch die Größe des Betriebs ausschlaggebend ist: Während eine Mehrheit von 70 Prozent der Firmen mit mehr als 200 Mitarbeiter\*innen Tarifverträge abschließen, bleibt dies bei kleineren Unternehmen weiterhin die Ausnahme. Zwar verkörpert dieser Trend ein bundesweites Phänomen, doch zeigt sich, dass der Rückgang der Tarifbindung in Bayern stärker ausgeprägt ist als im Bundesdurchschnitt und Bayern unter den westdeutschen Bundesländern die niedrigste Tarifbindung hat.

Noch immer hat Bayern als einziges unter 16 Bundesländern bislang kein Vergabege-



setz erlassen. Lediglich in Bayern und Sachsen existiert kein Tariftreuegesetz. Doch wir wissen längst, dass Beschäftigte in nicht-tarifgebundenen Betrieben durchschnittlich länger arbeiten, weniger verdienen und häufiger gekündigt werden. Andersrum wird deutlich: Wer in Bayern nach Tarif bezahlt wird, hat im Durchschnitt jährlich 1.700 Euro netto mehr in der Tasche als die nicht tarifgebundenen Kolleg\*innen. In Bayern brauchen wir also wieder mehr Tarifverträge, denn sie führen zu höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und kürzeren Arbeitszeiten.

Hinzu kommt, dass nicht-tarifgebundene Betriebe weniger Fachkräfte ausbilden und Auszubildende nach Abschluss der Ausbildung seltener übernehmen, was angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels besonders von Nachteil ist.

Als SPD-Landtagsfraktion sehen wir den Landtag in der Pflicht, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um faire Löhne und Arbeitsbedingungen für alle in Bayern beschäftigten

Menschen sicherzustellen. Der Freistaat sollte seine Vorbildfunktion wahrnehmen, indem er Tariffucht und Dumpinglöhne nicht mit öffentlichen Geldern unterstützt.

Daher haben wir nun als SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz eingebracht. Es sieht vor, dass staatliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die nach Tarifvertrag zahlen (oder mindestens den gesetzlichen Mindestlohn) und sich zu fairen Arbeitsbedingungen verpflichten. Das müssen die Auftragnehmer schriftlich bestätigen und wer dagegen verstößt, muss mit empfindlichen Strafen rechnen.

Mit diesem Gesetz würden wir für fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen sorgen und Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme entgegenwirken. Ein besserer Schutz von Arbeitnehmer\*innen wäre die Folge. Als SPD-Landtagsfraktion stehen wir damit gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**Ein breites Bündnis aus zahlreichen Organisationen führt dieses Jahr zum neunten Mal ein „Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung“ durch.**

Leider gibt es auch in unserer Stadt Menschen, die sich rassistisch äußern, die sich für etwas Besseres halten und keine Menschen mit Migrationsgeschichte dulden wollen. Wohin das führt, konnten wir gerade auch in Nürnberg sehen: 1982 der rassistisch motivierte Anschlag auf die Disco Twenty-Five mit mehreren Toten, ein Nürnberger überlebte 1999 den ersten Bombenanschlag des rechtsterroristischen NSU nur knapp, in den Folgejahren ermordete der NSU allein in Nürnberg drei Menschen. Bundesweit ermorden immer wieder Rechtsterroristen Menschen, die nicht ihrem Weltbild entsprechen: Halle, Hanau, der Mord an Walter Lübcke mahnen uns, wachsam zu sein. Es kommt auf uns alle an, gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung aufzutreten.

# KURZBERICHTE AUS DEM LANDTAG

ARBEITSMARKTMASSNAHMEN,  
UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS MASKE

von STEFAN SCHUSTER, MdL

**Arbeitskräftemangel –  
SPD stellt Maßnahmenpaket vor**

Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird auch in Bayern zu einem immer größer werdenden Problem. Der Wirtschaftsstandort Bayern lebt von gut ausgebildeten Arbeitskräften. Laut einer Studie, die die SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegeben hat, stehen jedoch bei 1,2 Millionen Arbeitsplätzen (ca. 15 % aller Arbeitsplätze in Bayern) starke Umwälzungen an, d.h. sie fallen entweder weg oder werden neu geschaffen. Schon jetzt gibt es in Bayern knapp 154.000 offene Stellen. Auf der anderen Seite werden immer weniger Fachkräfte ausgebildet. Zum Ausbildungsbeginn im vergangenen Jahr waren 18.483 betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt. In dieser Folge sind gewaltige Lücken auf dem Bayerischen Arbeitsmarkt zu befürchten.

Damit die Wirtschaft in Bayern auch in Zukunft leistungsfähig bleibt und der Freistaat neue Unternehmen durch attraktive Bedingungen anlocken kann, müssen wir jetzt handeln. Deswegen haben wir in der SPD-



Landtagsfraktion ein Maßnahmenpaket erarbeitet, um alle Potenziale im Inland zu nutzen und zudem Bayern attraktiver für ausländische Arbeitskräfte zu machen.

Zunächst wollen wir mehr junge Menschen in Ausbildungen bringen. Dazu soll die Berufsausbildung insbesondere durch gute Beratung, gute Rahmenbedingungen (Azubi-Tickets, günstiger Wohnraum) und bessere Berufsschulen (mehr Technik und Stellen auch für Sozialpädagog\*innen und Psycholog\*innen) attraktiver werden.

Zum zweiten wollen wir eine Strategie für die berufliche Weiterbildung entwickeln. Erleichterungen bei der beruflichen Weiterbildung kann es hierbei vor allem durch ein gesetzlich festgeschriebenes Recht auf Weiterbildung, dazu noch einem staatlichen Förderfonds zur Weiterbildung und den Ausbau der Berufsschulen für mehr Weiterbildungsangebote geben.

Zuletzt ist es unser Ziel mehr ausländische Fachkräfte in den bayerischen Arbeitsmarkt integrieren. Hierzu wollen wir eine zentralisierte und schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen ermöglichen, berufsbegleitende Sprachkurse schaffen und durch gezieltes Engagement gegen Diskriminierung ausländische Fachkräfte besser in den bayerischen Arbeitsmarkt integrieren.

All diese Vorschläge haben wir in einem umfassenden Antragspaket in den Landtag eingebracht, dass in den kommenden Wochen und Monaten in den Ausschüssen beraten wird.

**Untersuchungsausschuss Maske:  
Die Opposition zieht Bilanz**

Nach 44 Sitzungen und 150 Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuss Maske

haben wir als SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit den Fraktionen der Grünen und der FDP Bilanz gezogen. Entgegen dem Abschlussbericht der Regierungsfractionen haben wir einen sog. Minderheitenbericht vorgelegt, in dem wir als Oppositionsfractionen die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses feststellen und interpretieren.

Fest steht: Die CSU-Maskendeals hätten niemals abgeschlossen werden dürfen. Durch die Deals ist nicht nur ein erheblicher finanzieller Schaden entstanden, es wurde auch massiv das Vertrauen in unsere Demokratie verletzt. Erst durch intransparente Prozesse und die Strukturen innerhalb der CSU wurden die Maskendeals möglich. Die Erzählung, dass die Annahme der Maskenangebote, wie zum Beispiel die der Firma Emix durch Andrea Tandler, unumgänglich war, kann nach den Untersuchungen des Ausschusses als widerlegt gelten. An die Staatsregierung wurden vielmehr genug Angebote gemacht. Angebote aus Kreisen der CSU wurden jedoch systematisch bevorzugt. Andere Stellen als das Bayerische Gesundheitsministerium wie zum Beispiel die Bayerische Polizei haben gleichlautende Angebote von Emix abgelehnt.

Durch den Untersuchungsausschuss konnten neben den bekannten Deals auch noch weitere problematische Geschäfte der Staatsregierung aufgeklärt werden. So hat der ehemalige CSU-Justizminister und Landtagsabgeordneter Alfred Sauter nach der Einfädelung eines Deals mit GNA Biosolutions ein Anwaltshonorar von einer Million Euro verlangt. Und ein weiterer Deal von Andreas Scheuer mit einer Firma aus seinem Bundestagswahlkreis, der durch eine SMS von Markus Söder durchgedrückt wurde, ist erst durch die Befragungen im Ausschuss bekannt geworden. Und das obwohl sich das Bayerische Gesundheitsministerium nicht ausreichend am Aufklärungsprozess beteiligt hat. Mehrmals mussten Akten und Informationen nachgefordert werden, deren Fehlen erst nach aufwendiger Recherchearbeit durch die Opposition erkannt wurde.

Am Ende kann festgestellt werden, dass das Vorgehen der Staatsregierung zur Maskenbeschaffung am Anfang der Coronapandemie klar den Grundsätzen der staatlichen Vergabe widersprochen hat. Wer Kontakte zu CSU- und FW-Politikern hatte, bekam Aufträge – beziehungsweise es wurden die Angebote aus CSU-Kreisen wohlwollend geprüft. Wer dagegen Angebote über den regulären Weg abgab, kam oft nicht zum Zug. Zudem fanden trotz monatelanger Lieferverzögerungen und Schlechtleistungen keine Nachverhandlungen beim Preis oder Vertragskündigungen bei den Maskendeals statt.

## 9. Straßenfest

FÜR EIN BESSERES ZUSAMMENLEBEN  
GEGEN RASSISMUS UND  
DISKRIMINIERUNG

SAMSTAG 17. JUNI 2023  
14 – 22 UHR AUFSSESSPLATZ

MIT MUSIK, TANZ, KINDERPROGRAMM,  
GETRÄNKE- UND ESSENSVERKAUF,  
INFOSTÄNDE UND VIELES MEHR

## Impressum

**Herausgeber:** SPD Nürnberg  
**Verantwortlich:** Andreas Mittelmeier  
**Redaktion:** Nasser Ahmed,  
Vanessa Kurowski, Oguz Akman  
**Grafische Gestaltung:** Michael Graf  
**Redaktionsanschrift:**  
SPD Nürnberg  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg  
**E-Mail:** dsp@spd-nuernberg.de  
**Tel:** 0911 - 438960  
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.  
**Auflage:** 5.500 Exemplare





## ZUM SIEBZIGSTEN:

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, REINER PRÖLSS!

Foto: R. Löster

von CHRISTINE KAYSER

Von 2005 bis 2020 wirkte Reiner Prölss als berufsmäßiger Stadtrat für Jugend, Familie und Soziales – kurz: Er war UNSER Sozialreferent. Er gab den sozialen Themen in Nürnberg ein Gesicht und setzte sich täglich mit Leidenschaft und Herzblut für sein Ressort ein. Das erkannten auch die anderen Parteien schnell und wählten ihn jeweils 2010 und 2015 mit deutlichen Mehrheiten wieder.

Das in ihn gesetzte Vertrauen erfüllte Reiner täglich aufs Neue und seine Kompetenz machte ihn auch weit über die Nürnberger Stadtgrenzen hinaus bekannt. Er gilt seit jeher als bundesweit anerkannter Jugendhilfeexperte und war deswegen auch stellvertretender Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums, welches die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik berät.

Jedoch hat er vor allem in seiner Heimatstadt Nürnberg Spuren hinterlassen: Bereits als

wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozialreferat war er beteiligt an der Planung, Vorbereitung und Gründung der gemeinnützigen städtischen Beschäftigungsgesellschaft Norris-Arbeit gGmbH und an der Reform der sozialen Dienste. Bundesweit wurde er bekannt mit dem ersten lokalen Bündnis für Familie, für dessen Konzept und Umsetzung er steht.

Seine großen Ziele, wie gutes Aufwachsen in einer kinder- und familienfreundlichen Stadt, der Kampf gegen Armut und die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe in jeder Lebenslage beschrieb er in zehn Leitlinien und einem Orientierungsrahmen für nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Bis heute dienen sie als Grundlage des Handelns von sozialer Politik und Verwaltung in Nürnberg.

Die SPD-Stadtratsfraktion vermisst seine streitbaren Diskussionsbeiträge in den Fraktionssitzungen, seine natürliche Autorität und das eine oder andere gemeinsame Glas Wein nach einem langen Sitzungstag. Lieber Reiner: Herzlichen Glückwunsch!

## WEGE IN DIE DIGITALE WELT

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

### Wir werden immer älter

In den letzten 50 Jahren ist die Lebenserwartung in Deutschland um 10 Jahre gestiegen, sie liegt (für die Neugeborenen) bei 83,4 Jahren für Frauen und bei 78,5 Jahren für Männer. Diese Tendenz wird auch in der SPD erkennbar: So lag der Altersdurchschnitt aller SPD-Mitglieder in Nürnberg Ende 2022 bei 61 Jahren, und mehr als die Hälfte ist über 60 Jahre alt, Tendenz steigend. In einigen Ortsvereinen liegt der Altersdurchschnitt bei über 70 Jahren, und unser „jüngster“ Ortsverein weist immerhin schon ein Durchschnittsalter von 52 Jahren auf.

Hinzu kommt der stetige Mitgliederrückgang, allein in den letzten drei Jahren haben wir rund 9 Prozent unserer Mitglieder in Nürnberg verloren. Die Überalterung unserer Partei neben gleichzeitig zu vielen Austritten und zu wenigen Eintritten ist ein entscheidender Faktor, um den Mitgliederschwund in unserer Partei, der sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter fortsetzen wird, zu erklären.

### Niemanden zurücklassen

Wir müssen uns deshalb - DIE Aufgabe für unsere Partei in den kommenden Jahren! - auf der einen Seite um jungen Nachwuchs kümmern, dabei aber andererseits unsere Senior\*innen mit ihren Erfahrungen und Fähigkeiten nicht vergessen. Denn die meisten von ihnen wollen sich nicht auf ihr Altenteil zurückziehen, sondern weiterhin engagiert mitmischen.

Das bedeutet, dass wir die Senior\*innen, die nicht digital erreichbar sind, weiterhin mit Informationen auf dem Postweg versorgen, aber auch gleichzeitig diejenigen, die Interesse an digitalen Medien haben und auch bereit sind, sich darauf einzulassen, aktiv unterstützen. Denn ohne digitalen Zugang geht vieles nur sehr mühsam und manches auch gar nicht, wenn man beispielsweise an die Terminvergaben bei den Corona-Impfungen denkt oder aktuell an das 49-Euro-Ticket.

### Ein innovatives Projekt des Seniorenamtes der Stadt öffnet Türen

Das Projekt des Seniorenamtes „Wege in die digitale Welt für Ältere“ soll Senior\*innen neue (digitale) Möglichkeiten eröffnen, am

sozialen Leben teilzuhaben und ihren Alltag zu gestalten. Alle Angebote werden in enger Zusammenarbeit mit den Seniorennetzwerken durchgeführt und laufend ausgebaut.

Dazu hat das Seniorenamt verschiedene Angebote entwickelt wie zum Beispiel 1:1-Tandems, bei dem ein ehrenamtlicher Digitallotse ein\*e Senior\*in in mehreren Treffen bei den ersten Schritten mit dem Smartphone/Tablet in die digitale Welt begleitet. Diejenigen, die über kein eigenes Smartphone oder Tablet verfügen, können ein kostenfreies Leihgerät nutzen. Älteren, die nach ihrem Einstieg in die

digitale Welt am Ball bleiben möchten, bieten Angebote wie Digital-Sprechstunden und Digital-Cafés die Möglichkeit, Neues kennenzulernen und auszuprobieren sowie Unterstützung bei Fragen und Problemen zu erhalten.

Anne-Katrin Töpfer, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Seniorenamt, hat dieses Projekt mitkonzipiert und leitet es. Sie wird uns die einzelnen Bausteine vorstellen sowie über bisher vorliegende Erfahrungen und Perspektiven des Projektes berichten.

Der OV Lichtenhof und die AfB laden herzlich ein, insbesondere die 60+Genoss\*innen:



### Wege in die digitale Welt für Ältere – ein Projekt des Seniorenamtes der Stadt stellt sich vor Mittwoch, 28. Juni 2023, 19 Uhr

Gemeindezentrum der Gustav-Adolf-Kirche, Plenarsaal, 1. Stock, Eingang Anna-Straße, Aufzug vorhanden.



## ANGEHÖRIGENPFLEGE BESSER IN DEN FOKUS NEHMEN

von GABI PENZKOFER-RÖHRL

In der Bundesrepublik leben 4,3 Mio Pflegebedürftige, die meisten von ihnen - über 80% - werden zuhause gepflegt, überwiegend von Angehörigen und überwiegend von (Schwieger-)Töchtern, Ehefrauen, Partnerinnen, die hierfür häufig ihre Arbeitszeit reduzieren, mit den entsprechenden Einkommensverlusten und späterer geringerer Rente. Das heißt, die Angehörigenpflege ist nicht nur ein generationenübergreifendes Thema, das Ältere und Jüngere betrifft, sondern auch und vor allem ein Frauenthema.

Im Rahmen der Inviva-Messe konnte ich die Genossin und Ehrenvorsitzende des vdk, Ulrike

Mascher zum Thema Angehörigenpflege interviewen. Der vdk setzt sich sehr für die Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger ein und hat dazu den sehr schönen Begriff „Nächstenpflege“ kreiert. Viele der Pflegenden fühlen sich oft überfordert, alleine gelassen und brauchen mehr Unterstützung.

Derzeit wird nun im Bundestag der im Koalitionsvertrag zugesagte Gesetzentwurf zum neuen Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz behandelt, der jedoch von den Sozialverbänden als nicht ausreichend eingestuft wird.

In Bezug auf die häusliche Pflege geht er jedoch erste Schritte in die richtige Richtung: so

AG

60<sup>plus</sup>

Die AG60plus berichtet



werden das Pflegegeld und die ambulanten Sachleistungsbezüge um 5 Prozent erhöht, allerdings erst zum 1. Januar 2024 und in den Jahren 2025 und 2028 werden die Geld- und Sachleistungen in Anlehnung an die Preisentwicklung automatisch dynamisiert. Und künftig kann das Pflegeunterstützungsgeld pro Kalenderjahr nicht nur einmalig, sondern für jeden zu pflegenden Angehörigen bis zu zehn Arbeitstage in Anspruch genommen werden.

Ob dies allerdings ausreichend ist, um die finanzielle Situation der Pflegenden deutlich zu verbessern, ist fraglich, zumal die ursprünglich angedachte Lohnersatzleistung bei pflegebedingten Auszeiten nicht erfolgt.

Wichtig ist aber auch das Vorhalten eines Beratungs- und Unterstützungsangebotes und einer ausreichenden Pflegeinfrastruktur – wie u.a. Tagespflege- und vor allem Nachtpflegeplätze, um die Pflegenden zu entlasten. Hier sind wir in Nürnberg mit unserem Pflegestützpunkt auf einem guten Weg und erstmals bietet der NürnbergStift im August-Meier-Haus auch Nachtpflegeplätze an. Das kann aber nur der Anfang sein, hier ist der Ausbau dringend nötig.

Die Nächstenpflegenden, die unsichtbaren Held\*innen des Alltags verdienen unsere volle Solidarität und wir sollten ihnen eine starke Stimme geben.

Das wollen wir tun. Fortsetzung folgt.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



## ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / JUNI 2023

05.06.2023 – 19:00 Uhr

**JUSOS: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte-Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

08.06.2023 – 18:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof:**

**Kirchweih Bieranstich**

Leipzigerplatz auf der Wiese  
90491 Nürnberg

09.06.2023 – 17:30 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte-Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

11.06.2023 – 11:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof:**

**Kirchweih Frühshoppen**

Leipzigerplatz auf der Wiese  
90491 Nürnberg

12.06.2023 – 19:00 Uhr

**Jusos: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

13.06.2023 – 19:30 Uhr

**SPD Fischbach: Mitgliedertreffen**

TSV Altenfurt, Wohlaer Straße 16  
(Skizimmer)

14.06.2023 – 19:00 Uhr

**AK Umwelt: Mitgliederversammlung**

Tagungsraum Käte Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

14.06.2023 – 19:30 Uhr

**SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen**

Restaurant Hammerschmiede  
Laufamholzstraße 300

16.06.2023 – 17:30 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte-Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

19.06.2023 – 19:00 Uhr

**Jusos Nürnberg: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

21.06.2023 – 19:00 Uhr

**SPD Gibitzenhof-Steinbühl:**

**Aktiventreffen**

Tagungsraum Käte Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

22.06.2023 – 19:00 Uhr

**Parteiausschuss**

23.06.2023 – 16:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Infostand**

ZA - RA Markt - Leipzigerplatz 1-3,  
90491 Nürnberg

24.06.2023 – 11:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Infostand**

MERCADO – Äußere Bayreutherstr.80,  
90491 Nürnberg

26.06.2023 – 19:00 Uhr

**Jusos: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

27.06.2023 – 14:30 Uhr

**AG 60+: Mitgliedertreffen**

Ein Besuch bei der VAG ist geplant.

Tagungsraum Käte Strobel,  
Karl-Bröger-Zentrum

28.06.2023 – 19:00 Uhr

**SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung**

Themen: „Senioren in der SPD“ mit

Claudia Kupfer-Schreiner und

„Wege in die digitale Welt“ mit Katrin

Töpfer, Stadt seniorenamt

Ort: Gemeindezentrum der Evang.-Luth.  
Kirchengemeinde Nürnberg-Lichtenhof

(1. Stock, Plenarsaal)

Bitte beachten, dass es zu terminlichen  
Abweichungen kommen kann. Bitte in-

formiere dich rechtzeitig bei deinen Orts-

vereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro,  
ob der jeweilige Termin stattfindet.

OV Lichtenhof & AfB Nürnberg laden ein:

**WEGE IN DIE  
DIGITALE WELT**

für Seniorinnen und Senioren

Lebenslanges Lernen & Digitale Bildung:

Ein Projekt des Seniorenamtes der Stadt Nürnberg

**Referentin:** Anne-Katrin Töpfer

(Projektleiterin und wissenschaftliche  
Mitarbeiterin im Seniorenamt)

**Wann?** Mittwoch, 28. Juni, 19 Uhr

**Wo?** Gemeindezentrum der  
Gustav-Adolf-Kirche, Plenarsaal

(1. Stock, Eingang Anna-Straße, Aufzug vorhanden)

Nürnberg.

**SPD**

**AfB**

OV Lichtenhof

**Auf geht's zur  
Johannis-Kärwa - mit dem  
OV St. Johannis!**

Wir treffen uns am  
23.6.2023 um 17:00 Uhr  
zum traditionellen  
Fass-Anstich vor dem  
Café Dampfnudelbäck.

Stadtratsfraktion  
Nürnberg

**SPD**

# RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser  
der Rathausdepesche,



als frisch gewählter stellvertretender Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Nürnberg darf ich Sie erstmalig zur Lektüre unserer Rathausdepesche einladen. Für uns als SPD im Rathaus beginnt ein neues Kapitel, denn seit dem 1. Mai bekleidet unser ehemaliger Vorsitzender und Stadtrat, Thorsten Brehm, das wichtige Amt des Stadtkämmerers und Personalreferenten. Wir wünschen ihm für die neue Aufgabe viel Erfolg und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in neuer Funktion! Den frei gewordenen Platz in der SPD-Stadtratsfraktion füllt eine alte Bekannte: Wir freuen uns, Aynur Kir zurück in der Fraktion begrüßen zu dürfen.

Auf den folgenden Seiten möchten wir Sie über unsere Arbeit in den vergangenen Wochen informieren. Beispielsweise hat der Stadtrat das Nürnberger Sozialticket neu aufgestellt und wir setzen uns für das finanzielle Auskommen unserer Kindertheater ein.

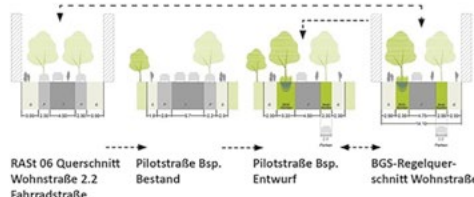
Ich hoffe, dass Ihnen die Lektüre unserer Depesche informative und interessante Einblicke bietet und freue mich auch über Ihr Feedback und Ihre Anregungen. Viel Spaß beim Lesen!

Mit den besten Grüßen

Gerhard Groh  
Stv. Fraktionsvorsitzender

## Freiraumkonzept Süd statt Millionenprojekt urbane Gartenschau

### Forschungsprojekt Blue-Green-Streets für einen transformierten und klimaangepassten Straßenraum



Die heißen und trockenen Tage mehren sich in den letzten Jahren spürbar. Schwammstadt – die wassersensible Stadtgestaltung ist der nötige Stadtumbau für Nürnberg in Zeiten verstärkter Starkregenereignisse und extrem trockener Sommer. Deswegen setzt sich die SPD-Stadtratsfraktion im Rathaus für das Prinzip Schwammstadt ein.

Die Fraktionsvorsitzende Christine Kayser lehnt den größten Teil der urbanen Gartenschau deswegen ab: „Wir möchten die Prioritäten auf die nachhaltige Entwicklung von Grünflächen vor allem in den dicht bebauten südlichen Stadtteilen Nürnbergs legen. Das Freiraumkonzept Süd sieht mehrere Klimameilen nach dem Schwammstadtprinzip vor. Beispielsweise die Gibitzenhofmeile vom Steinbühler Tunnel über den Melanchthonplatz. Gut finden wir die Südstadtmeile vom Willy-Pröbß-Platz über die Karl-Bröger-Straße zum Aufseßplatz. Den Nürnberger Stadtgraben als zentralen Ort des Geschehens der urbanen Gartenschau zu wählen, halte ich nach wie vor für falsch.“



### Konzept „Schwammstadt“ konsequent vorantreiben.

Unter dem „Prinzip Schwammstadt“ versteht man, das gesamte Regenwasser in der Stadt zu halten. Dies kann vor allem für städtische Bäume und Grünflächen ein wesentlicher Baustein sein, eine zuverlässige und kontinuierliche Wasserversorgung sicherzustellen. Christine Kayser möchte sich weiter für die Umsetzung des Konzepts einsetzen: „Besonders freut uns, dass der Obstmarkt nach diesem Prinzip in den kommenden Jahren umgestaltet wird. Der Nutzungsdruck unserer Plätze ist generell hoch. Das Prinzip Schwammstadt ermöglicht uns, unsere Plätze weiter aktiv zu nutzen und hält das Wasser in speicherfähigen Material, beispielsweise in Rigolen unter dem Pflaster. Die SPD-Stadtratsfraktion steht für sinnvolle und nachhaltige Projekte im Großen und Kleinen, statt einer Show-Veranstaltung ohne nachhaltigen Mehrwert.“

Weitere Informationen:  
Christine Kayser;  
spd@stadt.nuernberg.de



### MEHR ÜBER UNSERE ARBEIT AUF:

[spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de](http://spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de)

[facebook.com/spd.nuernberg](https://facebook.com/spd.nuernberg)

[instagram.com/spdnuernberg](https://instagram.com/spdnuernberg)



# Initiative der SPD-Stadtratsfraktion erfolgreich

## Ampel-Beschluss: Nürnberg entscheidet bald frei über Tempo 30 in der Stadt



„Wir werden Straßenverkehrsgesetz und Straßenverkehrsordnung so anpassen, dass neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden, um Ländern und Kommunen Entscheidungsspielräume zu eröffnen.“ So kurz und unscheinbar steht es in einem Beschluss text aus dem Ampel-Koalitionstext geschrieben. Doch die Auswirkungen dürften für Nürnberg wegweisend sein.

Damit macht die Ampel den Weg für die kommunale Entscheidungsfreiheit über Tempo 30 in den Kommunen frei. Es ist in den nächsten Monaten mit einer entsprechenden Reform von Straßenverkehrsgesetz und Straßenverkehrsordnung zu rechnen.

Das begrüßt die SPD-Stadträtin und

Verkehrsexpertin, Yasemin Yilmaz:

„Das ist eine gute Nachricht für Nürnberg. Wir haben schon letztes Jahr gefordert, dass die Entscheidungshoheit über Tempo 30 in die Hände der Kommunen gehört. Nun freuen wir uns ungemein, dass die Ampel dies wohl auch so sieht und uns den Weg frei macht. Das ist ein wichtiger und richtiger Meilenstein.“

Noch im Sommer 2022 brachte die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag auf den Weg,

dass die Stadt Nürnberg der Initiative lebenswerter Städte und Gemeinden beiträgt und so neben inzwischen mehr als 500 Kommunen für mehr Entscheidungsfreiheit der Städte einsteht. Diese Position wurde dann auch zum Beschluss des Nürnberger Verkehrsausschusses – damals gegen die Stimmen der CSU.

Dr. Nasser Ahmed, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion ergänzt:

„Es ist gut, dass die Koalition auf die Stimme der Kommune und ihre Initiative hört. Denn vor Ort weiß man am besten, wo Entschleunigung bitter notwendig ist, um Gefahrenquellen zu entschärfen und Stadtteilen wichtige Lebensqualität zurückzugeben. Konkret fordert die SPD-Stadtratsfraktion beispielsweise Tempo 30 auf der Fürther Straße zwischen Plärrer und Maximilianstraße. Dort gab es in den vergangenen Jahren schwere Unfälle, die es in Zukunft zu vermeiden gilt.“

**Weitere Informationen:**  
Nasser Ahmed;  
Yasemin Yilmaz;  
spd@stadt.nuernberg.de



# Das Nürnberg-Modell: Das soziale Deutschlandticket

In seiner April-Sitzung hat der Nürnberger Stadtrat beschlossen, das Nürnberger Sozialticket künftig an das Deutschlandticket zu koppeln.

Die Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Christine Kayser, dazu: „Nürnberg ist eine soziale Stadt, das soll sich auch in der täglichen Mobilität widerspiegeln. Wir schaffen jetzt das Nürnberger Modell: Das soziale Deutschlandticket, das seinen Namen wirklich verdient.“

Vor diesem Hintergrund haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass die Umsetzung der Sozialticket-Variante von monatlich 19,- € einen guten Kompromiss für ein attraktives Mobilitätsangebot darstellt. Die Preisdifferenz zur bisherigen 15-Euro-Variante in Höhe von 4,- € amortisiert sich bereits bei einer einzigen Hin- und Rückfahrt über das Tarifgebiet A (und damit den Gültigkeitsbereich des bisherigen Sozialtickets) hinaus.

Kayser weiter: „Wir bewegen was! Die SPD-geführte Ampel-Koalition im Bund hat mit dem Deutschlandticket eine Steilvorlage gegeben und wir mussten den Ball nur noch versenken. Wer sich wenig leisten kann, kann künftig für 19 Euro im Alltag mobil sein und das über die Stadtgrenzen hinaus.“

Die SPD-Stadtratsfraktion macht wieder Ernst: Die solidarische Stadtgesellschaft wird bei uns gelebt. Mobilität ist ein großes Stück Freiheit, das garantieren wir und stellen damit unabhängig vom Geldbeutel Teilhabe am täglichen Leben dar. Beispielsweise kann ein spontaner Tagesausflug an den Brombachsee eine Selbstverständlichkeit sein, ganz ohne zu-



sätzliche Kosten. Wir denken soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gemeinsam.

**Weitere Informationen:**  
Christine Kayser;  
spd@stadt.nuernberg.de



# Wir sind STOLZ auf unsere PFLEGE und die städtischen Angebote!



Quelle: Stadt-Nürnberg

Der diesjährige Tag der Pflege steht unter dem Motto „PFLEGESTOLZ“. Für die pflegerische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Jasmin Bieswanger, ist das Motto ein Volltreffer:

„Ich kann mir kein besseres Motto für diesen Tag vorstellen. Als Krankenschwester erlebe ich jeden Tag, wie meine Kolleginnen und Kollegen mit viel Empathie und Herzblut Menschen versorgen, die auf Hilfe angewie-

sen sind. Das gilt natürlich für alle Bereiche der Pflege und in jeder Lebenslage.“

Bieswanger hat auch die Zukunft des Pflegeberufs im Blick: „Die Corona-Pandemie hat unserer Branche die letzten Kräfte abverlangt, viele haben sich in andere Berufe verabschiedet. Wir alle müssen nun gemeinsam an die junge Generation herantreten und für diesen tollen Beruf werben. Ich bin mir sicher, dass wir uns personell gut

aufstellen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“

**August-Meier-Haus eröffnet**

Es handelt sich um die modernste Pflegeeinrichtung in Nürnberg und wurde vor allem vom Freistaat Bayern großzügig unterstützt. Insgesamt umfasst das Heim 158 Pflegeplätze, 32 mit dem Schwerpunkt gerontopsychiatrische Erkrankungen/Demenz. Die ersten Bewohner sind bereits Ende März 2023 eingezogen und zeigen sich von den Wohnverhältnissen erfreut. Angehörige berichten teilweise sogar von einer Zustandsverbesserung der Pflegebedürftigen. Viel Wert gelegt wird auf die Öffnung ins Quartier: Künftig sollen Angebote auch für Menschen aus den umliegenden Stadtteilen geschaffen werden und das Miteinander im sozialen Nahraum gestärkt werden. Dem offenen und lebendigen Angebot entsprechend wird der Neubau August-Meier-Haus und nicht mehr August-Meier-Heim heißen. „Es geht doch“, zeigt sich Bieswanger erfreut, „wir brauchen mehr von diesen Leuchtturmprojekten. Sie sollen nicht irgendwo am Stadtrand platziert werden, sondern mitten im Alltag der Bevölkerung vorkommen. Nur so bringen wir Menschen zusammen und schaffen ein Bewusstsein für diesen wichtigen Beruf.“

**Weitere Informationen:**  
Jasmin Bieswanger;  
spd@stadt.nuernberg.de



## Impressum

**Herausgeber:**  
SPD-Stadtratsfraktion  
Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg

**Verantwortlich:**  
Christine Kayser

**Redaktion:**  
Christine Kayser, Tim Koß

**Grafische Gestaltung:**  
Michael Graf

**E-Mail:** spd@stadt.nuernberg.de

**Tel:** 0911 - 2312906

**Fax:** 0911 - 2313895



# Cannabis-Legalisierung beschlossen: SPD hat Konsumkompetenz im Auge

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Claudia Arabackyj, stellt bei der geplanten Legalisierung der Cannabis-Abgabe vor allem die Kompetenz der jungen Konsument\*innen in den Mittelpunkt: „Wir begrüßen die legale Abgabe von Cannabis, da sie ein wichtiger Beitrag zum Jugendschutz und zur Prävention ist. Um dies zu flankieren und die Risiken von Cannabis für Kinder und Jugendliche herauszuarbeiten, muss auch die Stadt Nürnberg jetzt ihre Hausaufgaben in Bereichen Aufklärung und Beratung machen. Dafür hat Nürnberg mit regional vorhandenen Strukturen, wie etwa der stadtweit anerkannten kommunal geförderten Drogenberatungsstelle Mudra dafür einen starken Partner an unserer Seite.“

Der Vorsitzende der SPD Nürnberg, Dr. Nasser Ahmed: „Die Prohibition ist gescheitert. Schärfere Gesetze halten Menschen nicht davon ab, Cannabis zu konsumieren. Daraus hat die Ampel gelernt. Sie hat Eckpunkte für eine moderne und fortschrittliche Cannabis-Politik vorgestellt. Jugendschutz, Aufklärung und Prävention hängen davon ab, dass der

Schwarzmarkt zurückgedrängt wird. Das schafft die Ampel mit ihrem Vorschlag. Und darauf soll nun auch die Strategie der Stadt Nürnberg aufbauen.“

Außerdem möchte die SPD-Fraktion die Konsumgewohnheiten von jungen Menschen im Auge behalten. „Aufklärung ist das eine, was dann real passiert, das andere. Ein regelmäßiges Monitoring mit Befragungen der Konsument\*innen über ihren Konsum ist mir wichtig,“ erklärt Arabackyj.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat diese wichtigen Schritte in einem Antrag an die Stadtverwaltung formuliert und setzt sich für eine zeitnahe Umsetzung ein. „Wir starten zum Glück nicht bei null. Es existieren bereits Methoden, Studien und Programme zu diesem Thema, darauf können wir aufbauen und den verantwortungsvollen Konsum fördern,“ beschreibt Claudia Arabackyj.

**Weitere Informationen:**  
Claudia Arabackyj;  
Dr. Nasser Ahmed;  
spd@stadt.nuernberg.de



# SPD-Stadtratsfraktion macht sich für finanzielle Unterstützung der Nürnberger Theater stark!



Fotos: pixelio.de

Die Theater Mumpfritz, Pfütze, Salz + Pfeffer sowie das Gostner Hoftheater sind integraler Bestandteil der Nürnberger Kulturszene, sie setzen unterschiedliche Akzente und tragen erheblich zu einer vielfältigen Kulturlandschaft in ihren eigenen Häusern bei.

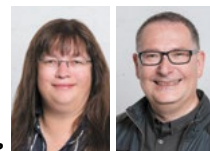
Die Jahre mit Pandemie, Energiekrise und Ukrainekrieg waren für die Stadt, aber auch für die Theater sowie die gesamte Kulturszene nicht einfach. Nun steht eine neue Herausforderung an, die ein bundesweites Problem auslöst, auf das wir aber auch hier in der Stadt reagieren müssen: Zum 1.1.2023 tritt eine

neue Gagenregelung in Kraft, die – berechtigterweise – eine erhebliche Anhebung der künstlerischen Gehälter bedingt.

So wichtig und richtig diese Erhöhung für die Beschäftigten ist, hat sie aber auch zur Folge, dass alle die oben genannten Theater für das Jahr 2023 erhebliche Erhöhungen sowie bei Stadt als auch dem Land beantragt haben. Daher reichen sie nun bei der Stadt für das Haushaltsjahr 2023 eine Finanzforderung in nicht unerheblicher Gesamthöhe ein. Zwar hat die Stadt schon im genehmigten Haushalt 2023 mit nochmals je 10.000 € pro Theater auf die-

sen Sachverhalt reagiert, dies erweist sich jedoch jetzt als nicht ausreichend. Wichtig ist hier vor allem Planungssicherheit und die Frage, wie die Stadtverwaltung mit den beantragten Erhöhungen umgeht. Die SPD-Stadtratsfraktion drängt hier auf mehr Unterstützung vonseiten des Freistaats Bayern und die Ausschöpfung anderer, beispielsweise bundesweiter, Fördertöpfe.

**Weitere Informationen:**  
**Anja Pröbß-Kammerer;**  
**Michael Ziegler;**  
**[spd@stadt.nuernberg.de](mailto:spd@stadt.nuernberg.de)**



## SPLITTER

### AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

#### AUSLÄNDISCHE WAHLPLAKATE IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Plakate, die anlässlich der Wahlen in der Türkei genehmigt wurden, sorgten in der Bevölkerung und auch bundesweit in der Presse für Irritationen. Auch die SPD-Fraktion im Rathaus sieht den Vorgang als inakzeptabel an und beantragte bei der Stadtverwaltung, ausländische Wahlwerbung generell nicht mehr zu genehmigen. Uns allen ist es sehr wichtig, dass Menschen in Deutschland im Bewusstsein der Bedeutung und Wahrung von Demokratie leben. Deswegen konzentrieren wir uns auf die Beteiligung bei den Wahlen in Deutschland und setzen uns auf

allen Ebenen für das kommunale Wahlrecht, schnellere Einbürgerungen und die doppelte Staatsbürgerschaft ein.

#### EINSATZ FÜR BERUFSINTEGRATIONSKLASSEN GUTE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN!

Jugendlichen ohne klare Berufsorientierung und guten Deutschkenntnissen sollen möglichst schnell und gut Möglichkeiten geboten werden, sich in die Berufs- und Arbeitswelt zu integrieren. Berufsintegrationsklassen weisen jedoch eine sehr heterogene Schülerschaft auf, was hohe Anforderungen sowohl an die Schülerinnen und Schüler als auch an die Lehrerinnen

und Lehrer stellt. Die SPD-Stadtratsfraktion forderte deswegen in einem Antrag einen ausführlichen Bericht zum Erfolg des Modells, vor allem aber auch zum Thema Lehrergesundheit aufgrund der hohen Arbeitsbelastung.

#### 30 JAHRE KINDERKOMMISSION DER STADT NÜRNBERG

Am 13. Mai 1993 fiel in Nürnberg die Entscheidung, für die Bedürfnisse und Bedarfe der Kinder in Nürnberg einen Unterausschuss einzurichten. Die SPD-Stadtratsfraktion ist stolz auf diese Erfolgsgeschichte und will weiterhin aktiv an der Teilhabe der Jüngsten in unserer Gesellschaft arbeiten.